

Gemeinde: Timmerode  
 Gemarkung: Timmerode  
 Flur(en): 3



Kartengrundlage: Auszug aus der Liegenschaftskarte 1:1000 des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt  
 Stand der Planunterlage: 07/2007  
 Erlaubnis zur Vervielfältigung und Verbreitung erteilt durch das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt am 29.11.2007  
 Altkanzlerin: AS-173907

Planzeichnung - Teil A  
 Maßstab: 1 : 1.000

**Planzeichenerklärung**

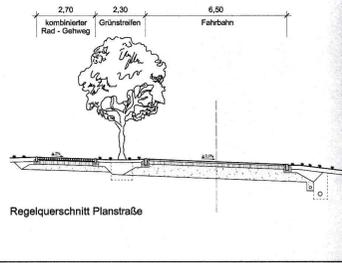
- Festsetzungen § 9 (1) BauGB
- Art der baulichen Nutzung**  
 (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 der BauNVO)
- Industriegebiet
- Maß der baulichen Nutzung**  
 (§ 5 (2) Nr. 1, § 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 der BauNVO)
- 0,8 Grundflächenzahl
- Hmax 15 m Höhenbegrenzung
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen**  
 (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 u. 23 BauNVO)
- Baugrenze
- Verkehrsflächen**  
 (§ 9 (1) Nr. 11 u. (6) BauGB)
- Straßenverkehrsflächen  
 Straßenbegrenzungslinie  
 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung hier: Fläche für Zufahrt zum Industriegebiet
- Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen**  
 (§ 5 (2) Nr. 4 u. (4), § 9 (1) Nr. 13 u. (6) BauGB)
- Trinkwasser (TW), Schmutzwasser (SW), Ferngas (FG), Elektroleitungen (ELT), Fernmeldeleitungen (FM)
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen**  
 (§ 5 (2) Nr. 6 u. (4), § 9 (1) Nr. 17 u. (6) BauGB)
- Flächen für Aufschüttungen hier Fläche für Staub- und Lärmschutzwall

- Grünflächen**  
 (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
- Grünfläche
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
 (§ 5 (2) Nr. 10 u. (4), § 9 (1) Nr. 20, 25 u. (6) BauGB)
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- anzupflanzende Bäume
- Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses**  
 (§ 5 (2) Nr. 7, § 9 (1) Nr. 16 und (6) BauGB)
- Umgrenzung von Flächen für die Regelung des Wasserabflusses hier: Regenwasserrückhaltung
- Sonstige Planzeichen**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung hier unterschiedlicher Höhenbegrenzung
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsbestand Gasleitung und EL-Leitung

**Textliche Festsetzungen - Teil B**

- 1. Geltungsbereich**
- § 1 Der Geltungsbereich des Gebietes des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" zum Bebauungsplan Nr. 2 "Gewerbegebiet Timmerode", der in der Gemarkung Timmerode, Flur 3 nachfolgende Flurstücke umfasst:
- 7/6 77/ 58/5 58/7 59/5 60/5 61/6 61/8 61/9 65/1 65/1 66/1 66/2
- wird um folgende Flurstücke erweitert:
- |                |                  |                |               |               |               |
|----------------|------------------|----------------|---------------|---------------|---------------|
| 52/3           | 52/4 (teilweise) | 53/5 (teilw.)  | 53/6          | 53/7 (teilw.) | 55/1          |
| 55/3           | 55/5             | 55/6 (teilw.)  | 56/1          | 56/3          | 56/5          |
| 56/6 (teilw.)  | 57/3             | 57/5           | 57/7          | 57/9          | 57/11         |
| 57/12 (teilw.) | 57/13            | 57/14 (teilw.) | 58/8 (teilw.) | 58/9 (teilw.) | 60/6 (teilw.) |
- Das ursprüngliche Plangebiet mit einer Größe von ca. 11,95 ha wird auf eine Größe von ca. 15,95 ha erweitert.
- 2. Art und Maß der baulichen Nutzung**
- § 2 Einkaufszentren und Einzelhandelsbetriebe sind nicht zulässig.
- § 3 Alle im Teil C dieser Satzung aufgeführten genehmigungsbedürftigen Anlagen nach der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sind gem. § 1 (3) BauNVO nicht zulässig.
- § 4 Befestigungen auf Freiflächen sind in den Bereichen, in denen keine das Grundwasser gefährdende Stoffe anfallen und in denen die vorgesehene Belastung es erlaubt, mit wasserdurchlässigem Material (mind. 50 % Wasserdurchlässigkeit) auszuführen. PKW-Stellplätze sind nur mit wasserdurchlässigem Material (mind. 50 % Wasserdurchlässigkeit) zu befestigen.
- § 5 Gebäudehöhen  
 Bezugsflächen für die Gebäudehöhe ist die vorhandene Geländeoberfläche, die gemittelt am Gebäude anliegt.  
 Für technologische Anlagen sind Gebäudehöhen bis 25 m ausnahmsweise zulässig.
- 3. Grünordnerische Festsetzungen**
- (1) Innerhalb der Grünflächen sind die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt.
- (2) Von der dargestellten Gesamtfläche des Gewerbegebietes dürfen insgesamt 20 % nicht überbaut und versiegelt werden. Davon ist mindestens die Hälfte der Fläche mit einheimischen Bäumen und Sträuchern gemäß der Punkt (11) dokumentierten Pflanzliste zu bepflanzen und auf Dauer zu unterhalten. Je 100 m<sup>2</sup> Gehölzfläche sind mit mindestens 30 Sträuchern und 2 Bäumen zu bepflanzen. Diese Bepflanzung ist vorzugsweise als mindestens 3 m breite Hecke entlang der Grundstücksgrenze vorzunehmen. Letzteres gilt nicht für Zufahrten und Eingänge.
- (3) Beim Bau großräumiger Gebäude sind alle geschlossenen Außenwandflächen über 100 m<sup>2</sup>, die von der umgebenden Landschaft direkt einsehbar sind, mit folgenden Maßnahmen zu begrünen:
- entweder Pflanzung von Kletter- oder Schlinggehölzen an der Fassade oder Pflanzung einer Baumreihe aus heimischen, standortgerechten Bäumen vor der Fassade im Abstand von 7,50 m zur Fassade.
- (4) Dichte Bepflanzung der festgesetzten Grünflächen mit einheimischen und standortgerechten Baum- und Straucharten ist zu realisieren. Je 100 m<sup>2</sup> Grundfläche sind mindestens 50 Sträucher und 2 Bäume zu pflanzen.
- (5) Beim Bau der Planstraße sind pro 100 m Straßenlänge einseitig mindestens 5 Straßenbäume mit einem Mindeststammumfang von 16 cm zu pflanzen.
- (6) Das anfallende Oberflächenwasser ist auf dem Gelände zu versickern oder zu nutzen. Dazu schwindende Anlagen sind naturnah anzulegen.
- (7) Zur Vermeidung der Tötung von Tieren und des Zerstoßens von Nestern darf das Baufeld nur außerhalb der Brutzeit der Vögel, also in der Zeit vom 01.07. bis 05.03. freigemacht werden.
- (8) Bei der Entwicklung der Bauflächen, der privaten und öffentlichen Grünflächen und der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft zur Erfüllung der Ausgleichsfunktionen gemäß BauGB / NatSchG LSA ist der Inhalt des Umweltschutzes zu beachten.
- (9) Die auf öffentlichen und privaten Flächen zur Anpflanzung festgesetzten Laubbau- und Straucharten müssen:
- bei Laubbäumen einen Stammumfang von mindestens 16 - 18 cm gemessen in 1,0 m Höhe über dem Erdboden, mind. 3 x v. m. mit Ballen
  - bei Laubbäumen in den Pflanzgebotflächen, Heister von mindestens 200 cm Höhe
  - bei Sträuchern für Flächenbepflanzungen eine Höhe von mindestens 0,8 m (ohne Ballen) aufweisen,
  - Kletterpflanzen müssen mindestens 2 mal verpflanzt sein.
- Die Pflanzungen sind nach Fertigstellung der Bauvorhaben auf den benachbarten Flächen innerhalb einer Vegetationsperiode auszuführen. Die Fertigstellung der Pflanzmaßnahmen ist der Gemeinde Timmerode anzuzeigen. Die Pflanzungen sind, beginnend mit dem angezeigten Fertigstellungsdatum 3 Jahre zu pflegen und zu unterhalten und in dieser Zeit bei Abgängigkeit umgehend zu ersetzen.

- (10) Mit den Bauunterlagen sind die Begrüßungsmaßnahmen entsprechend der Festsetzung 2 - 5 darzustellen und der Gemeinde Timmerode vorzulegen. Weiterhin ist der Fertigstellungszeitpunkt der Baumaßnahmen und der Begrüßungsmaßnahmen zu benennen.
- (11) Gehölzarten für die naturnahe- und standortgerechte Bepflanzung
- Bäume (3 x verschult, mit Ballen, 16 - 18 cm Stammumfang)**
- |                     |  |
|---------------------|--|
| Acer campestre      | Feldahorn                              |
| Acer pseudoplatanus | Bergahorn                              |
| Quercus petraea     | Traubeneiche                           |
| Tilia cordata       | Winterlinde v. a. auch als Solitärbaum |
| Carpinus betulus    | Hainbuche                              |
| Ulmus minor         | Feldulme                               |
| Prunus communis     | Holzlehme                              |
| Malus sylvestris    | Hortspanäpfel                          |
| Prunus avium        | Vogelkirsche                           |
- Sträucher (Höhe 60 - 100 cm, ohne Ballen)**
- |                                     |                     |
|-------------------------------------|---------------------|
| Rosa canina                         | Hundsrose           |
| Prunus spinosa                      | Schlehe             |
| Crataegus monogyna u. C. oxyacantha | Waldrose            |
| Eunymus europaeus                   | Pflaumenblüte       |
| Cornus avellana                     | Hassel              |
| Cornus sanguinea                    | Roter Hartweige     |
| Ligustrum vulgare                   | Liguster            |
| Sambucus nigra                      | Schwarzer Holunder  |
| Cornus mas                          | Kornelkirsche       |
| Lonicera xylosteum                  | Rote Heckenkirsche  |
| Rubus spec.                         | Brombeere           |
| Viburnum lantana                    | Wolliger Schneeball |
| Salix caprea L.                     | Salweide            |
- Kletter- und Schlinggehölze**
- |   |               |
|---|---------------|
| Hedera helix                                  | Efeu          |
| Parthenocissus tricuspidata u. P. quinqueloba | Wilder Wein   |
| Clematis vitalba                              | Waldrebe      |
| Lonicera periclymenum                         | Waldgeißblatt |
- 4. Festsetzungen zu den Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen**
- (1) Bei den Bodenaufschüttungen für die, auf den festgesetzten Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen, vorgesehenen Lärm- und Staubschutzwälle sind standortgerechte Bodenmaterialien grundsätzlich standortfremde Bodenmaterialien vorzuziehen.
- (2) Die Höhe der Bodenaufschüttungen für die, auf den festgesetzten Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen, vorgesehenen Lärm- und Staubschutzwälle werden auf 5 m begrenzt.
- 5. Nachrichtliche Mitteilung zum Löschwasserbedarf**
- Der Grundschutz für ein Industriegebiet mit kleiner Gefahr der Brandausbreitung wird mit der Bereitstellung von 1.800 l/min Löschwasser über einen Zeitraum von 2 Stunden durch die Nutzung der am Plangebiet anliegenden Trinkwasserleitung des Löschwasserarmen durch Errichtung und Unterhaltung geeigneter Einrichtungen (Löschwasserzisternen, -zisternen, -tische) auf seinem Grundstück zu sorgen oder den erforderlichen Löschwasserbedarf durch Installation und Unterhaltung einer selbsttätigen Feuerlöschanlage entsprechend zu mindern.
- Bei Errichtung und Betrieb von Anlagen mit einer höheren Gefahr der Brandausbreitung hat der Betreiber der Anlage entweder die Bereitstellung zusätzlich erforderlicher Löschwasserarmen durch Errichtung und Unterhaltung geeigneter Einrichtungen (Löschwasserzisternen, -zisternen, -tische) auf seinem Grundstück zu sorgen oder den erforderlichen Löschwasserbedarf durch Installation und Unterhaltung einer selbsttätigen Feuerlöschanlage entsprechend zu mindern.



**Verfahrensmerkmale zur Durchführung des Planverfahrens über die Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" einschließlich Präambel**

- Präambel**
- Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. IS 2414) (in seiner derzeit gültigen Fassung) wird nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Gemeinde Timmerode vom 05.05.2009 die Satzung über die Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) mit der dazugehörigen Begründung und dem Umweltbericht erlassen.
- Verfahrensmerkmale**
- Der Gemeinderat der Gemeinde Timmerode hat in seiner Sitzung am 17.09.2007 beschlossen das Planverfahren über die Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB aufzustellen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB am 29.09.2007 im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Blankenburg (Harz) ortsüblich bekannt gemacht worden.
  - Mit Schreiben vom 09.10.2007 wurde die zuständige Raumordnungsbehörde zur landesplanerischen Abstimmung gem. § 13 Landesplanungsgesetz unter Angabe der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung von Gebieten in Betracht kommen, und über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung befragt.
  - Der Gemeinderat der Gemeinde Timmerode hat am 17.09.2007 den Vorentwurf der Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" mit der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 8 BauGB beschlossen.
  - Gemäß § 4 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden können, mit Schreiben vom 09.10.2007 frühzeitig über die Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung von Gebieten in Betracht kommen, und über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.
  - Gemäß § 3 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB erfolgte am 09.10.2007 die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in Form einer öffentlichen Informationsveranstaltung. Hier wurden die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung von Gebieten in Betracht kommen, und über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung dargestellt und Gelegenheit zur Äußerung und Erläuterung gegeben. Die Informationsveranstaltung wurde am 29.09.2007 im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Blankenburg (Harz) ortsüblich bekannt gemacht.
  - Der Gemeinderat der Gemeinde Timmerode hat am 14.04.2008 die frühzeitig abgegebene Stellungnahmen zum Vorentwurf der Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" geprüft. Das Ergebnis ist mit Schreiben vom 24.04.2008 mitgeteilt worden.
  - Der Gemeinderat der Gemeinde Timmerode hat am 14.04.2008 den Planentwurf der Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" mit seiner Begründung und Umweltbericht als Satzung beschlossen. Die Änderung des Teilbebauungsplanes enthält eine zusammenfassende Erklärung, über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden.
  - Innerhalb von 1 Jahr wurde keine beachtliche Verletzung von Vorschriften gem. § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht.

- Mit Schreiben vom 24.04.2008 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB zum Planentwurf und Begründung zur Stellungnahme aufgefordert. Sie wurden von der öffentlichen Auslegung unterrichtet.
- Zur Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gem. § 2 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB wurden diese mit Schreiben vom 24.04.2008 über den Planentwurf unterrichtet und zur Äußerung aufgefordert.
- Der Entwurf der Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" und die Begründung mit Umweltbericht haben in der Zeit vom 28.04.2008 bis einschließlich 30.05.2008 öffentlich ausgestellt. Der Ort und die Dauer der Auslegung, sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden am 19.04.2008 ortsüblich im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Blankenburg (Harz) bekannt gemacht.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Timmerode hat am 05.05.2009 die frühzeitig abgegebene Stellungnahmen geprüft. Das Ergebnis ist mit Schreiben vom 05.05.2009 mitgeteilt worden.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Timmerode hat am 05.05.2009 die Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" mit seiner Begründung und Umweltbericht als Satzung beschlossen. Die Änderung des Teilbebauungsplanes enthält eine zusammenfassende Erklärung, über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden.
- Die Satzung über die Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" wird hiermit ausgefertigt.
- Der Satzungsbeschluss über die Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode" sowie die Satzung, bei der diese auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 23.05.2009 durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Blankenburg (Harz) ortsüblich bekannt gemacht worden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass mit Veröffentlichung die Satzung in Kraft tritt. In der Bekanntmachung ist auch auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 (2) BauGB) hingewiesen worden.

**Rechtsgrundlagen**

- Baugesetz (BauGB)**  
 in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. IS 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Erleichterung der Planungsverfahren für die Innenentwicklung der Städte vom 21. Dezember 2006 (BGBl. IS 3316)
- Baumutzungsverordnung (BauMVO)**  
 Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. IS 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. IS 449)
- Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauLSA)**  
 als Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2005 (GVBl. LSA S. 789)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**  
 vom 25. Juni 2005 (BGBl. IS 157)
- Bauordnung der Gemeinde Timmerode**  
 in der Fassung vom 16.02.1998, zuletzt geändert durch Satzung vom 11.11.2002
- Gemeindeordnung**  
 für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) in der Fassung der letzten Änderung vom 14.02.2008 (GVBl. LSA S. 40)
- Heilung
- Die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen wird hiermit ausgefertigt.
- Blankenburg (Harz), den 22.04.2009
- Der Bürgermeister
- Der Satzungsbeschluss über die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes sowie die Satzung, bei der der Plan mit der Begründung von jedermann auf Dauer zu den üblichen Servicezeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft zu erhalten werden kann, ist am 20.01.2011 im Amtsblatt Nr. 02/11 der Stadt Blankenburg (Harz) ortsüblich bekannt gemacht worden. Es wurde dabei hingewiesen, dass mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses über die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes "Industriegebiet Timmerode", in der Bekanntmachung ist außerdem gemäß § 215 Absatz 2 BauGB auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen und weiter gemäß § 44 Absatz 2 BauGB auf die Geltendmachung von Erbschaftsansprüchen und auf die möglichen Erbschaften dieser Ansprüche hingewiesen worden.
- Blankenburg (Harz), den 28.02.2011
- Der Bürgermeister

**Gemeinde**  
**Landkreis**  
**1. Änderung des Teilbebauungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 2 "Gewerbegebiet Timmerode"**  
**Entwurf**

**TIMMERODE**  
**Harz**  
**INDUSTRIEGEBIET**  
**TIMMERODE**

Ubersichtslageplan Maßstab 1 : 25 000

Kartengrundlage: Auszug aus Top. Karten 1: Thele u. Timmerode Blatt Nr.: 1004-313, 1004-314  
 Ausgabejahr: 1984, 1987

Herausgeber: Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt  
 Erläuterung zur Vervielfältigung erteilt durch das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt am 29.11.2007  
 Altkanzlerin: AS-173907

Ingenieurbüro für Bauplanung und Beratung GmbH  
 Mueselweg 28, 06502 Thale  
 Tel.: 0 39 47 / 95 20; Fax: 0 39 47 / 95 233  
 E-Mail: info@ibp-bab.de  
 16. April 2009